

Auf Stalin gestützte Schuldzuweisung – Zur Behauptung der Mitschuld an der Machtergreifung Hitlers

Für den normalen Verstand ist nicht nachvollziehbar, dass, wie der SPD-Abgeordnete Stiegler erklärte, CDU/CSU und FDP angeblich an der Machtergreifung Hitlers mitschuldig sind. Beide Parteien existierten noch nicht, und zu irgendwelchen „Vorgängerorganisationen“, die sie nach Stiegler gehabt haben sollen, besteht kein Band der rechtlichen oder organisatorischen Kontinuität. Hat der Abgeordnete da einfach einer blühenden Fantasie die Zügel schießen lassen? Dann könnte man das Ganze als Spinnerie eines Einzelnen abtun. Bei genauerem Hinsehen freilich steht Stiegler auf dem Boden einer politischen Tradition. Wer sich diese zu Eigen macht, für den gewinnt das Argument auf einmal Plausibilität, ja Überzeugungskraft. Das allein vermag zu erklären, wieso Stiegler auf den Gedanken einer Mitschuld von CDU/CSU und FDP verfällt, der unter allen anderen Gesichtspunkten nur als abstrus zu bewerten wäre.

Der Vorwurf, die heutigen Konkurrenten der SPD auf der politischen Bühne hätten vor siebzig Jahren über Vorgänger Hitler in den Sattel geholfen, geht auf eine These der stalinistischen UdSSR zurück. Danach war es auf die „bürgerliche“ Ordnung und die sie tragende „Klasse“ zurückzuführen, dass das NS-Regime an die Macht kam. Die „bürgerliche Demokratie“ war demzufolge bloß eine andere

Variante der „bürgerlichen Klassenherrschaft“ als das NS-Regime, und es entsprach „geschichtlicher Gesetzmäßigkeit“, dass die „bürgerliche Demokratie“ bei sich verschärfendem „Klassenkampf“ die Form des „Faschismus“ annahm. Aus dieser Prämisse folgte, dass die „bürgerliche Demokratie“ den wirtschaftlichen und sozialen Nährboden des Nationalsozialismus bildete, dass die „bürgerlichen Kräfte“ ohne weiteren Nachweis als Steigbügelhalter Hitlers zu gelten hatten und dass vom Bürgertum aufgrund seiner „Klassenlage“ auch nach dem Sieg über den „Hitlerfaschismus“ weiterhin „faschistische“ Neigungen zu erwarten waren. Eine Wiedergeburt des „Faschismus“ ließ sich demnach nur dadurch verhindern, dass alle gegen das „Bürgertum“ und seine Politik Front machten.

Ausschaltung und Delegitimierung demokratischer Kräfte

Diese These diente nach 1945 der Besatzungsmacht und ihrer einheimischen Gefolgschaft in der Sowjetzone beziehungsweise später der DDR dazu, um – nach Ausschaltung der Sozialdemokraten mittels Zwangsvereinigung mit den Kommunisten – alle demokratischen Kräfte und die demokratische Ordnung für moralisch und politisch illegitim zu erklären.

Die – im deutschen Westen fortbestehende – SPD lehnte als demokratische Partei den Marxismus-Leninismus ab und war daher des Wertsiegels „proletarisch“ unwürdig. Zugleich jedoch stand sie ebenfalls in der Nachfolge der anti-

„bürgerlichen“ Gründerväter Karl Marx und Friedrich Engels und konnte daher nicht einfach als „bürgerlich“ verteuelt werden. Daher wurde für sie die besondere Kategorie der „Kleinbürgerlichkeit“ konstruiert, die zwar außerhalb der marxistisch-leninistischen „Wahrheit“ stand, aber von Marx und Engels aus das Potenzial besaß, zu dieser hinzufinden. Die praktische Konsequenz war, dass die Sozialdemokraten als bisher irrende Schafe mittels Zwangsvereinigung in die marxistisch-leninistische Partei hereingeholt und so zur „Wahrheit“ gebracht werden mussten – eine Maßnahme, die überall im sowjetischen Machtbereich durchgeführt und auch in Westdeutschland versucht wurde. Soweit der Arm der Sowjetmacht reichte, wurden die Sozialdemokraten auf diese Weise vereinnahmt; die Kommunisten erhielten dringend benötigte Kader- und Wählerzuwächse.

Verdrehung der Begriffe

Diese Mixtur von verbaler und praktischer Repressionspolitik beruhte auf einer Verdrehung der Begriffe. Bereits Lenin hatte den Terminus „Demokratie“ mit einem veränderten Inhalt gefüllt: Nachdem er die Erfahrung gemacht hatte, dass er mit dem *Nein* zur demokratischen Ordnung und dem *Ja* zur „Diktatur“ (nämlich des „Proletariates“ beziehungsweise der als dessen „Avantgarde“ auftretenden Partei) auf wenig Gegenliebe stieß, entschloss er sich kurzerhand, fortan als Verfechter der Demokratie aufzutreten, ohne freilich von seinem Ziel abzugehen.

Wenn er und seine Anhänger seitdem das Wort „Demokratie“ im Munde führten, meinten sie die „Herrschaft des Volkes“ in dem Sinne, dass der „wahre“ Kern des Volkes, das Proletariat – beziehungsweise in späterer Diktion: die „Werk-tätigen“ – mittels ihrer Partei die Herrschaft ausübten. Was bis dahin allein als Demokratie gegolten hatte, wurde als bloß „bürgerliche“ Demokratie abgewertet,

die angeblich nur „formaler“ Natur war und in der Sache als „bürgerliche Klassenherrschaft“, mithin als das Gegenteil „wahrer Volksherrschaft“, anzusehen war.

Stalin fügte in der Auseinandersetzung mit Hitler-Deutschland die These hinzu, diese „bürgerliche Ordnung“ sei der Nährboden für den „Faschismus“ von Hitler und Konsorten gewesen. Solange diese Ordnung (damit war unausgesprochen die Demokratie gemeint) weiterbestehe, wohne ihr und ihren Vertretern unausweichlich die Tendenz einer neuerlichen Entwicklung zum „Faschismus“ inne. Alle „antifaschistisch-demokratischen“ Kräfte hatten dagegen eine Front gemeinsamen Kampfes zu bilden, der natürlich unter der Leitung der allein vor dem „Faschismus“ gefeiten Klasse, des Proletariats, und seiner „Klassenorganisation“, der marxistisch-leninistischen Partei, zu stehen hatte.

Doppelte Logik

Nur vor dem Hintergrund dieser leninistisch-stalinistischen Lehren und den darauf fußenden Definitionen haben die Worte Stieglers eine rationale Logik.

Diese ist doppelter Art:

Erstens: Die „bürgerlichen Parteien“ – also im heutigen Deutschland CDU/CSU und FDP – sind der Feind, gegen den sich alle anderen zusammenschließen haben. Diese beiden „bürgerlichen“ Parteien können sich dadurch politisch ehrlich machen, dass sie sich nach den von links vorgegebenen Regeln in die Front des „antifaschistisch-demokratischen Kampfes“ einreihen, dabei jedoch auf Grund ihres „bürgerlichen“ Charakters auch weiterhin dem „Faschismus“-Verdacht ausgesetzt bleiben.

Zweitens: Der Autor tritt – gewollt oder ungewollt – als geistiger Erbe Lenins und Stalins auf und macht sich deren politische Orientierung zu Eigen. Das ist insofern von besonderer Bedeutung, als hier

nicht etwa ein PDS-Politiker spricht, in dem die SED-Vergangenheit ungebrochen fortlebt, sondern ein Mann, der sich zwar als Sozialdemokrat bezeichnet, aber nicht nur CDU/CSU und FDP, sondern auch gegen die demokratischen Traditionen seiner eigenen Partei Front macht. Das ist der eigentliche Skandal der Stiegler-Äußerung.

Antidemokratischer Wahrheitsanspruch

Dem Abgeordneten Stiegler muss der Vorwurf, geistiges Erbe von Lenin und Stalin übernommen zu haben, unabhängig davon gemacht werden, ob er sich des Doktrin-Hintergrunds bewusst war oder nicht. Für die politische Qualität seiner Äußerung ist allein entscheidend, was aus der von ihm bezogenen Position

objektiv folgt: der Anspruch, dass die politische Wahrheit allein auf der eigenen Seite liegt, und dass andere nur so weit legitimiert sind, wie sie sich nicht gegen diese Wahrheit stellen. Auch wenn sich die Ziele und Bestrebungen von denen Lenins und Stalins noch so sehr unterscheiden mögen, so bedient sich Stiegler doch deren Denkmuster – und die lassen eine Pluralität der Auffassungen und Orientierungen grundsätzlich nicht gelten und sind daher jederzeit geeignet, Argumente zu liefern, mit denen sich dem politisch anders Denkenden bei Bedarf die Legitimation bestreiten lässt. Ein demokratischer Diskurs ist auf dieser Grundlage nicht möglich. Die Demokraten nicht nur der „bürgerlichen“ Parteien sollten derartigen Anfängen wehren.

Die Stiegler-Äußerung

„Stiegler hatte im Streit um das NPD-Verbotsverfahren das Zögern der Opposition mit den Worten kritisiert: ‚Dabei müsste gerade bei CDU/CSU und FDP, deren Vorläuferparteien am 23. März 1933 Hitler ermächtigt haben, nachdem sie ihn zuvor verharmlost und mit an die Macht gebracht haben, die historische Schuld alle denkbaren Aktivitäten auslösen, wenigstens heute schon den Anfängen zu wehren.‘ Innenexperte Stiegler ist für die SPD-Fraktion Verhandlungsführer in der Frage der Zuwanderung.

Unionsfraktionschef Friedrich Merz forderte SPD-Fraktionschef Peter Struck und Innenminister Otto Schily (SPD) auf, sich von Stieglers Äußerungen „umgehend und eindeutig“ zu distanzieren. [. . .]

Stiegler bekräftigte dagegen seine Vorwürfe. Es gebe „überhaupt nichts zu entschuldigen“, da er lediglich ein „historisches Werturteil“ abgegeben habe, verteidigte er seine Attacke gegen Union und FDP. Der parlamentarische Fraktionsgeschäftsführer der Liberalen, Jörg van Essen, nannte es „schier unerträglich“, dass Stiegler seinen umstrittenen Vergleich noch einmal erneuerte. Der SPD-Politiker grenze sich damit aus dem Kreis der Demokraten aus.“

Rüdiger Scharf am 12. Februar 2002 in *Die Welt*